

SOZIALDEMOKRATISCHES PARTI DEUTSCHLANDS

Herausgegeben von der
SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS
für die Provinz Sachsen

Unsere Stellung zu Dr. Schreiber:

Nicht schimpfen, sondern führen

Massenprotest gegen Mißbrauch demokratischer Freiheiten

Halle, 25. September.

Wenn ein Schiff auf stürmischem Meer in Gefahr ist, dann es heißt: „Alle Mann an Deck“, dann erwartet man ein Dummkopf die Beachtung der Höflichkeitssätze. Man packt zu und schreit nicht darauf, ob ein Nachbar ein Arbeitseifer einem auf die Füße tritt. Und wenn ein Passagier des Schiffes in solcher Zeit sich auf Grund angestammter Rechte beruft und pünktlich seinen Morgenkaffee verlangt, ist er nicht nur ein Dummkopf, sondern ein gefährlicher Mensch, weil er durch seine Borniertheit die Rettungsarbeit gefährdet. Dabei ist es gleichgültig, ob er aus Beschränktheit oder aus Böswilligkeit handelt. Kurz entschlossen muß man einen solchen Menschen hindern die Rettungsarbeit zu stören.

In Eisleben, Weissenfels und in Bitterfeld hielt die Christlich-DEMOKRATISCHE Union Versammlungen ab, in denen der 2. Vorsitzende dieser Partei, Dr. Schreiber (Berlin), Reden hielt, die sich gegen die Bodenreform wandten. Dr. Schreiber beklagte, daß es schädigungslos enteignet würde, daß die alten vertriebenen Rechte der Pensionäre nicht mehr respektiert würden und daß die Sparguthaben in Gefahr sind. Wenn ein Politiker solche Reden hält, die sich gegen die Bodenreform wandten, Dr. Schreiber beklagte, daß es schädigungslos enteignet würde, daß die alten vertriebenen Rechte der Pensionäre nicht mehr respektiert würden und daß die Sparguthaben in Gefahr sind.

Das Grundmotiv aller unserer Handlungen hat jetzt der Krieg mit seiner mörderischen Zerstörung und der Notwendigkeit zu sein, Herr über das Chaos zu werden und den Wiederaufbau zu beginnen. Wenn ein Mann wie Dr. Schreiber durch seine Reden in die Ordnung des Wiederaufbaus, die eben sich zu bilden beginnt, Verwirrung bringt, dann ist es begrüßenswert, wenn ihm entschlossene Männer, wie Vizepräsident Siewert und andere, zeigen, was eigentlich los ist.

Auf die Versammlung der Christlich-DEMOKRATISCHEN Union am Freitag folgte am Sonntag in Eisleben eine kommunistische Massenversammlung, die sich mit Dr. Schreiber und seiner Rede beschäftigte und folgende Entschlüsse annahm:

Die heutige Einwohnergemeinschaft der Stadt Eisleben, einberufen von der Kommunistischen Partei, an der auch alle übrigen antifaschistischen Parteien teilnehmen, protestiert in tiefster Empörung gegen den Mißbrauch der neuen demokratischen Freiheiten seitens des früheren preussischen Handelsministers Herrn Schreiber, der die junge demokratische Entwicklung unseres Volkes stören will und damit der faschistischen Reaktion den Weg bahnt.

Es dient nicht der Sache der Demokratie, es dient den dunklen Zwecken der Reaktion, wenn Herr Schreiber die entscheidenden demokratischen Kräfte der Arbeiterschaft die sich hier im Mansfelder Land in den Jahren 1920/21 gegen die anbahnende Reaktion erhoben hatten, als Schrittmacher der Reaktion verleumdete. Wir protestieren aufs schärfste gegen diesen niederträchtigen Versuch, die Namen unserer toten Toten, die für die Sache des geschichtlichen Fortschritts, für die heilige Sache einer wahren Volksdemokratie ihr Leben ließen, heute mit Schmutz zu besudeln.

Mit gleicher Schärfe protestieren wir gegen den Versuch, die konsequente Durchführung der Beschlüsse der Berliner Konferenz zur Ermächtigung der Trusts und Monopole und der Bankkonzerne als verwerflich für unser Volk zu diskreditieren. Diese Kräfte, das lehrte unser Geschichtsunterricht, waren immer die Brutstätten der Reaktion und die Einpeisler des Krieges. Deshalb ist es zwingendes Gebot unserer nationalen Selbsthaltung, diesen Kreisen die Macht durch sofortiges Handeln zu nehmen.

Wir stellen uns schützend vor unsere demokratische Provinzialverwaltung und ihre Verordnungen zur Bodenreform, weil diese getragen sind von der Erkenntnis und dem entschlossenen Willen, das deutsche Volk aus der von Hitler heraufbeschworenen nationalen Katastrophe hinauszuführen. Mit tiefster Entrüstung weisen wir die Angriffe des Herrn Schreiber gegen die demokratische Bodenreform, diesen größten Schlag, der gegen die Kriegstreiber und Militaristen in Deutschland geführt wurde, zurück.

Die historische Bodenreformakte unserer Provinz ist von unserer Provinzialverwaltung erlassen im Vollzug des Willens der Jahrbundestagung im Fronstein der Junker gegenbehalten Bauern und Landarbeiter und durch den Beschluß aller antifaschistischen demokratischen Parteien der Provinz Sachsen.

Herr Schreiber entlarvte sich mit seinem Auftritt gegen die Bodenreform als Verteidiger der Junker und Gutsbesitzer, dieser Blutsauger. Er entlarvte sich als ein Feind der schaffenden Bauern und der Landarbeiter.

Die Bodenreform war ein erster Schritt auf dem Wege, der einzig und allein das Vertrauen der demokratischen Völker in unser Volk zurückgewinnen kann. Dieser Schritt ist auch bereits von den anderen Völkern als ein erster Versuch unseres Volkes zu seiner demokratischen Erneuerung gewürdigt. Wir begrüßen und bekämpfen die antifaschistischen Bestrebungen der Provinzialverwaltung und werden diese mit unserer ganzen Kraft in jeder Hinsicht immer unterstützen. Dieser Weg, der einzig und allein unsere nationale Rettung gewährleistet, muß bis zu seinem Ende beschritten werden. Der Weg, den Herr Schreiber und die

hinter ihm stehenden Kräfte verkörpern, ist der Weg zur reaktionslosen Vernichtung unseres nationalen Daseins.

Angesichts dieses schändlichen Versuchs, den dunklen Kräften der Reaktion und des Faschismus wieder einen Weg zu ebnen, rufen wir, allen Antifaschisten, allen entschiedenen Demokraten zu: Verhindert überall die Versuche, in betrügerischer Weise die gewährten demokratischen Freiheiten auszunutzen zum Kampf gegen die Demokratie.

Inbesondere wenden wir uns an die Mitglieder der Christlich-DEMOKRATISCHEN Union, von deren Willen zur ehrlichen demokratischen Neugestaltung unseres Vaterlandes wir überzeugt sind, keine Machenschaften zu dulden, die eine Beleidigung ihrer Partei wie der gesamten antifaschistischen demokratischen Bewegung darstellen. Wir werden uns jedem weiteren Versuch, unsere junge demokratische Selbstverwaltung anzugreifen und die neue demokratische Entwicklung zu hemmen, mit unserer ganzen gesammelten Kraft entgegenstellen.

Schluß mit der Reaktion und den Kriegstreibern! Schluß mit ihren Handlungen und Wegbereitern! Es lebe die Einheit aller antifaschistischen demokratischen Kräfte! Es lebe der Kampf für ein neues demokratisches Deutschland!

Eine Erklärung des Vizepräsidenten Siewert

In Bitterfeld, wo Schreiber am Sonntag auftrat, ergriß Vizepräsident Siewert das Wort und wandte sich mit folgender Erklärung direkt an Schreiber:

Für den deutschen Bauern ist:

Die Bodenreform eine Lebensfrage

Die Bodenreform, die jetzt in der sowjetischen Zone Deutschlands durchgeführt ist, ist für den deutschen Bauer eine Lebensfrage. Das jahrhundertalte Sehnen der Bauern nach eigenem Grund und Boden geht endlich in Erfüllung.

Bekanntlich haben auch die Nazis in schamlosester Weise die Bodenfrage zu einer ihrer vielen demagogischen Versprechungen gemacht. Als sie nach der Macht strebten, suchten sie auch die Bauernschaft für sich zu gewinnen, in dem sie sich nicht scheuten, die Abschaffung der Zinsknechtschaft auf dem Lande zu versprechen. In Millionen Exemplaren verbreiteten sie unter den Bauern den Punkt 17 ihres Lügenprogramms: Enteignung des Bodens zu gemeinnützigen Zwecken.

Doch ebenso wenig wie sie ihre anderen demagogischen Versprechungen verwirklichten, blieb auch ihre Bodenreform nur eine leere Phrase. Während ihrer ganzen Herrschaft griffen sie keinen einzigen Gutsbesitzer an. Im Gegenteil, zu den alten Junkern mit ihrem Riesengrundbesitz kamen die neuen faschistischen Riesenlandbesitzer. Der einzige Brocken, den Hitler nach seinem Machtantritt dem Bauern hinwarf, war ein Moratorium, das jedoch auf Verlangen der Banken allzubald wieder aufgehoben wurde, und die Bauernwirtschaften, die ihre Schulden nicht bezahlen konnten, kamen rückwärtslos unter den Hammer. Im Jahre 1934 wurden in Deutschland 4520 Grundstücke verauktioniert und im darauffolgenden Jahr 4760 Grundstücke. Dabei handelte es sich hauptsächlich um das Eigentum von Klein- und Mittelbauern. Außerdem wurde vor dem zweiten Weltkrieg in Deutschland jährlich, wie es hieß, „freiwillig“ mehr als 30.000 Grundstücke verkauft. In Wirklichkeit handelte es sich auch hier um Zwangsverkäufe, weil die Bauern nicht in der Lage waren, ihren Besitz zu halten.

Die neue Bodenreform bringt den Bauern eine bedeutende Verbesserung ihrer Lage. Gleichzeitig wird den reaktionären

„Herr Dr. Schreiber, Sie haben in einer Reihe von Versammlungen in der Provinz Sachsen gegen die Bodenreform, wie sie in der Verordnung der Provinzialverwaltung festgelegt ist, gesprochen. Sie sind gegen die entscheidungslose Enteignung des Großgrundbesitzes aufgetreten. Sie haben damit versucht, Teile der Bevölkerung der Provinz Sachsen gegen ein von der Provinzialverwaltung mit Zustimmung aller Parteien geschaffenes Gesetz zum Widerstand aufzurufen.“

Damit werden die zur Durchführung der Bodenreform eingeleiteten Arbeiten im höchsten Maße gefährdet und darüber hinaus große Gefahren heraufbeschoren.

Sie gefährden damit die für die heimatlos gewordenen Rückwanderer notwendigen Hilfsmaßnahmen. Sie stören die Vorbereitungen für die Sicherung der Ernährung unseres Volkes und die Arbeiten für den Wiederaufbau der Wirtschaft. Sie haben mit Ihrem Auftreten große Unruhe in die Bevölkerung der Provinz hineingebracht.

Von vielen Seiten, aus Weissenfels, Eisleben und Merseburg, ist man an mich herangetreten mit der Frage, wie lange wir noch dulden wollen, daß Sie Ihr verantwortungsloses Treiben fortsetzen können. Herr Dr. Schreiber, in Ihrem eigenen Interesse und zu Ihrem eigenen Schutz, aber auch im Interesse der so notwendigen Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in der Provinz Sachsen, ersuche ich Sie, auf dem schnellsten und kürzesten Wege die Provinz Sachsen zu verlassen.“

Wenn Sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, tragen Sie allein die Verantwortung für alle Folgen, die sich daraus ergeben werden.“

Wir sind davon überzeugt, daß die Christlich-DEMOKRATISCHE Union mit Ihrem Dr. Schreiber nicht einverstanden ist und ihm zum Bewußtsein bringt, daß auf solcher Basis eine ersprießliche Blockpolitik nicht möglich ist.

Großgrundbesitzern ihre wirtschaftliche Basis entzogen.

Zudem kann eine wahre Volksdemokratie, die sich auf die breite Volksmasse stützt, nicht auf die Bauern verzichten und diese kann die Demokratie nur dann für sich beanspruchen, wenn sie die Verteilung des Grund und Bodens nach demokratischen Gesichtspunkten gewährleistet. Darum war die Agrarreform eine naturgegebene Notwendigkeit. Es kommt hinzu, daß die Gutsbesitzer in Deutschland stets eine Säule des deutschen Militarismus waren. Die ostelbischen Junker waren eine mächtige

Stütze des Naziregimes und spielten in dem von den Nazis entfesselten verbrecherischen Krieg eine große Rolle. Die Junker waren zusammen mit den Industriemagnaten nicht nur die Stütze Hitlers, sondern auch die wahren Herrscher im Hitler-Deutschland.

Wie notwendig die Bodenreform ist, beweist auch die Tatsache, daß bei Hitlers Machtantritt ungefähr ein Drittel des gesamten Grund und Bodens sich in den Händen der Großgrundbesitzer befand. Im neuen demokratischen Deutschland wird es daher keinen feudalen Großgrundbesitz mehr geben, wird es für die Junkerkaste, diese gefährliche reaktionäre Brüste der deutschen Aggression keinen Platz mehr geben. Die Agrarreform in Deutschland wird eine der wichtigsten Voraussetzungen der wirklichen stabilen Demokratisierung des Landes sein.

Der Jugendführer

Ein Porträt und ein Tatsachenbericht Von Harold W. Esche

Im November 1944 fand die „Wacheblösung“, ein im mythisch-militaristischen Jargon der Hitleristen zu sprechen. Der bisherige Gebietsführer der Hitlerjugend im Gebiet Mitteldeutschland, Reckewerth, Mitglied des Reichstages und des Volksgerichtshofes, räumte — nicht gerade freiwillig — seinen Platz einem Jüngeren, einem gewissen Beipholz. Das ging nicht ohne reibungslos vorstatten, sondern verursachte einen erheblichen Rattenschwanz von Intrigen, die uns aber hier nicht sonderlich aufhalten sollen. Nur so viel sei am Rande vermerkt, daß sich beide wie Hund und Katze gegenüberstanden, sich nicht von Ferne riechen konnten und sich, ein jeder in dem ihm hörigen Kreise und auf seine Weise, über den anderen lustig machte.

Der alte Gebietsführer war dafür bekannt gewesen, daß er gerne einen guten Bissen zu sich nahm und nicht gerade über irgendwelche Talente verfügte, außer dem des Saufens. Er wurde nur beim Vornamen zitiert — etwa so, wie die „Herrschaft“ von einst von ihrem

„Johann“ sprach — und galt als ausgemachter Trottel. Aber das war ja im Führerstaat kein Hinderungsgrund, ganz im Gegenteil eine Empfehlung, auf die höchsten Posten berufen und mit allen möglichen Ehrenämtern betraut und ausgezeichnet zu werden, was denn auch bei ihm in reichlichem Maße zutraf. Er war der Typ des „alten Kampfers“, etwas beschränkt, etwas polterig, langjährig gedienter Feldwebel, ein treuer Paladin seines Herrn und Meisters, der nie eine eigene Meinung hatte und erst recht nicht gewagt haben würde, eine solche zu äußern.

Der neue Jugendführer war aus ganz anderem Holz geschnitten: junge Generation, aktiv, selbstbewußt. Er war nicht, wie der alte, nur aus Versehen und in Ermangelung eines Besseren ein „Herrenmenschen“, sondern jeder Zoll an ihm war Aufgabensinn, Eitelkeit, Ueberheblichkeit und Ehrgeiz. Er war nicht, wie der alte, ein Ueberbleibsel, das irgendwie verfallen worden mußte, sondern von seinem eigenen Format bis in den letzten Nerv überzeugt, hatte Herrenallüren, war geschätzelt und ge-

Wir sprechen über:

Das Verkehrsproblem

Ein Kapitel Volkswirtschaft unserer Zeit — da können nur Taten helfen

(Eig. Bericht) H. G. St. Halle, 25. September 1945.

Die leitenden Reichsbahnbeamten sowie die Vertreter der Parteien und Gewerkschaften über die derzeitige Verkehrslage im Territorium der sowjetischen Besetzungszonen zu unterrichten, war der Zweck einer vom Präsidenten des deutschen Verkehrsweesen nach Berlin einberufenen Konferenz, an der auch die Vertreter der sowjetischen militärischen Administration teilnahmen. Im Hinblick auf die Bedeutung des Verkehrsproblems für die Sicherstellung unserer Ernährung und die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens in der Provinz Sachsen sollen die folgenden Ausführungen noch einmal auf den ganzen Ernst unserer derzeitigen Verkehrslage aufmerksam machen. Damit verbinden wir gleichzeitig einen Appell an alle Werktätigen, die im Verkehrsweesen beschäftigt sind, alle Kraft für die Lösung dieses für unsere Provinz so wichtigen Problems einzusetzen.

Die Verantwortung liegt bei uns

Alle derzeitigen Schwierigkeiten in der Abwicklung unseres privaten und öffentlichen Wirtschaftslebens sind unmittelbare Folgen des verlorenen Krieges, für den wir die Verantwortung zu tragen haben. Aus den Entschlüssen der Potsdamer Konferenz geht klar hervor, daß es nunmehr Aufgabe des deutschen Volkes ist, alle Kräfte heranzuziehen, um die Auswirkungen auszugleichen. Das wird nicht damit getan, daß man manche Zufälle der russischen Besatzungsmacht in die Schuhe schiebt oder hemmungslos auf die früher verantwortlichen großen und kleinen Nazis schimpft — nein, immer noch, oder gerade heute mehr denn je, hat das Goethe- und Recht: „Im Anfang war die Tat“, das heißt,

wir haben die Verpflichtung, unser Schicksal unter der Kontrolle der Vereinten Nationen selbst in die Hand zu nehmen.

Als Antifaschisten halten wir es daher für unsere Pflicht, die Verantwortung für all das zu tragen, was zur Beseitigung der Kriegsschäden getan oder unterlassen wird. Nur mit Taten kann man unserer Not zu Leibe rücken, mit durchdachten, vernünftigen und den Kern der Sache treffenden Sofortmaßnahmen. Darunter fällt in erster Linie das gesamte Verkehrsproblem, denn

Kartoffel gibt es genug, aber...

Was nützen der Hallenser oder Magdeburger Bevölkerung 100 000 Zentner Kartoffeln, die beispielsweise in Klötze in der Altmark liegen und infolge Fehlens von Transportmitteln nicht in die zerstörten Großstädte gelangen können? In der Altmark wissen die Zentralgenossenschaften nicht, wohin mit dem reichen Segen der Erde, die Großstädte aber hungern. Sehen wir einmal ganz über die Kreisverkehrsperle hinweg, die einige altzu-lokalsympathische Landräte über ihre Gebiete verhängt hatten, so bleibt doch das bedauerliche Ergebnis bestehen, daß man in verschiedenen ländlichen Zentralgenossenschaftsteilen unserer Provinz Frühkartoffeln einnimmt mühe, weil sie nicht abtransportiert werden konnten. Und das Resultat? Die Frühkartoffeln haben sich nicht gehalten und sind in der gleichen Erde, die sie hervorgebracht hat, buchstäblich verfault!

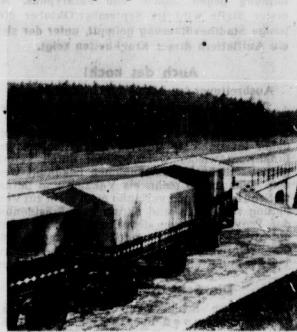
Ähnlich verhält es sich mit dem jetzt ausgedrocknen Getreide, das an manchen Orten meterhoch gesichtet auf Kornspeichern lagert, nicht sachgemäß durchgelüftet werden kann, schwarz zu werden beginnt und der Provinzernährung verloren geht. Die Beispiele in der Landwirtschaft lassen sich beliebig erweitern, ob es sich um Gemüse, Konserven oder Obst handelt. Aber nicht nur da herrschen diese unhaltbaren Zustände,

Kohle in Hülle und Fülle

berichten uns die Braunkohlenwerke. Wir können nicht nur den Bedarf der Provinz decken, sondern darüber hinaus noch erhebliche Mengen exportieren. „Gibt uns Transportraum“, rufen die Kalksüdkunde und Stückstoffwerke, „wir haben eine mehr als ausreichende Produktion, um die Bauern der Provinz Sachsen mit soviel Kunstdünger und Stückstoff zu beliefern, wie sie noch nie in den vergangenen 12 Jahren zugeteilt erhielten.“

In den Städten laufen die Menschen den Kohlenhändlern das Kontor ein und auf dem Lande weiß der Bauer nicht, woher er den so dringend benötigten Kunstdünger hernehmen

soll. Und was ist die Folge? Unter Umgehung aller einschlägigen Bestimmungen werden von geschickten Konjunkturbürgern Kompensationsgeschäfte à la Kartoffeln gegen Kohlen, Konserven gegen Stückstoff, Butter gegen Damenstrümpfe usw. getätigt.



Land- und Wasserstraßen müssen wieder hergestellt werden, wenn der Transport rollen soll.

Hut ab vor den Bürgermeistern, die das Wohl ihrer Städte und Landgemeinden im Auge haben und ihre Wirtschaftsfachleute zu Kompensationsgeschäften anspornen, aber ganz abgesehen davon, daß Tauschgeschäfte der genannten Art von der Provinzialregierung nicht gestattet sind und von den Gewerkschaften schärfstens verurteilt werden, stellen wir als Sozialdemokraten die Frage: „Wer von den Kompensationsisten verkauft den Oberbürgermeistern von Magdeburg, Halle oder Dessau 100 000 Zentner Kartoffeln gegen 1 Million prima Qualität Bauschutt (Marke: direkt zum Abfahren)?“

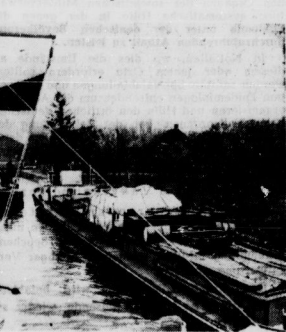
Wir wollen mit diesem Beispiel nur auf den Kernpunkt unserer Betrachtungen zurückkommen: Alles hängt von der Lösung des Verkehrsproblems ab.

Was getan werden muß

Um das Verkehrsproblem zu lösen, haben General Kwaschnin und der Präsident des Reichsverkehrsweesen auf der Berliner Konferenz klar und deutlich zum Ausdruck gebracht:

- Die Parteivertreter und Gewerkschaften müssen dem deutschen Volk die Dringlichkeit der Lösung des Verkehrsproblems immer wieder vor Augen führen.
- Dazu ist erforderlich, daß alles daran gesetzt wird, um
- 1. den vorhandenen Eisenbahnapparat instanzzusetzen,
- 2. mit diesem Apparat den Personenverkehr und den Gütertransport insbesondere zu bewältigen,
- 3. durch scharfe Disziplin und persönliche Verantwortung alle Störungen auszuschalten, die das Funktionieren dieses Apparates in Frage stellen,
- 4. mit aller Kraft daran zu arbeiten, daß aus dem Apparat die höchstmögliche Leistung herausgeholt wird.

- 5. entscheidende Bekämpfung der Unfälle,
- 6. Erhöhung der fahrenden Züge und deren Schnelligkeit,
- 7. Wiedereröffnung der Schiffsfahrwege, Instandsetzung der Schiffe, Hebung von Brücken und dergleichen mehr,



Land- und Wasserstraßen müssen wieder hergestellt werden, wenn der Transport rollen soll.

- 8. Erhöhung der Brennstoffproduktion und verstärkte Inbetriebnahme von Kraftfahrzeugen jeder Art.

Schneller laden und entladen

Nach Angaben des Präsidenten für das Verkehrsweesen arbeitet die Reichsbahn zur Zeit mit 55 000 einsatzfähigen Wagen im Gütertransport. Diese dienen zunächst den Bedürfnissen der Besatzungsmacht, alsdann dem Transport der für uns selbst erforderlichen lebensnotwendigen Güter. Von der Schnelligkeit des Güterzugverkehrs, also der Umlaufgeschwindigkeit der einzelnen Wagen, hängt es nun ab, wieviel Wagen jeden Tag für den Transport zur Verfügung stehen. Wenn nun ein Wagen vom ersten Einsatz bis zur nächsten Verwendungszeit 10 Tage gebraucht, so können täglich 5500 Wagen für Transport zur Verfügung gestellt werden. Diese Umlaufzeit ist aber viel zu lang. Es muß erreicht werden, daß täglich mindestens 13 000 Wagen zur Beladung bereitstehen.

Es ergeht daher der Aufruf an alle, die im Verkehrs- und Transportwesen tätig sind, alle Verzögerungsmomente auszuschalten, um die täglich notwendige Wagenzahl zu erhalten.

- Dazu ist erforderlich:
- 1. daß die Bereitstellung des Wagens zur Beladung schnell vorstatten geht,
- 2. daß der Belader die Ladefrist von höchstens 4 Stunden innehält,
- 3. daß der Wagen im unmittelbaren Anschluß an die Beladung in den Abgangszug einrangiert wird,
- 4. daß die Beförderung im Zuge planmäßig und pünktlich durchgeführt wird,
- 5. daß der Wagen schon vor seiner Ankunft auf dem Bestimmungsbahnhofe diesem vorangekündigt wird, damit die Empfänger be-

- nachrichtigt werden und die Entladung vorbereiten können,
- 6. daß die Entladung innerhalb der vorgeschriebenen Frist von zwei Stunden durchgeführt wird,
- 7. daß nach erfolgter Entladung der Wagen unverzüglich dem Wiederbeladebahnhof zugeführt wird, um hier seinen Kreislauf wieder zu beginnen.

Keine Leertransporte mehr

Genauso wie an die Reichsbahn höchste Anforderungen gestellt werden, um das Verkehrsproblem zu lösen, so müssen sich auch die Fuhrunternehmer darüber klar werden, daß sie

unter allen Umständen Leertransporte vermeiden.

Es soll dabei nicht immer nur eine administrative Anweisung abgewartet, sondern von jedem einzelnen Unternehmer eine der Zeit Rechnung tragende Initiative ergriffen werden. Wer viel auf der Landstraße liegt, kann immer wieder beobachten, daß sich schwere Lastzüge ohne Fracht unterwegs befinden. Vornehmliche Aufgabe der inzwischen eingerichteten Fahrbereitschaften wird es sein, lenkend und beaufsichtigend einzugreifen. Auch hier gilt mehr denn je die Forderung der Zeit.

Volkinteresse geht vor Privatinteresse

Der vor der Tür stehende Winter darf ernährungspolitisch vor allem die Großstädte nicht unvorbereitet finden. Gemäß Befehl Nr. 43 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration, Marschall Sjukow, sind wir selbstverantwortlich für die Lösung des Verkehrsproblems. Die hinter uns liegenden 4 Monate haben nicht ausgereicht, die Frage des Transportes zu einem befriedigenden Ergebnis zu bringen. Nur wenn jeder, der irgendwie mit dem Verkehrsweesen zu tun hat, von der Erkenntnis durchdrungen ist, daß die

Lösung des Verkehrsproblems für uns eine Existenzfrage

bedeutet, wenn jeder an seinem Platze sofort zufaßt, nur dann wird es möglich sein, unser Wirtschaftsleben und damit die Ernährung, das heißt Arbeit und Brot für die Bevölkerung der Provinz Sachsen auch in den kommenden Monaten sicherzustellen.

Willy-Lohmann-Schule in Köthen

Ehrung des verunglückten Vizepräsidenten Köthen, 25. September 1945. Der Bezirkspräsident von Dessau, Abteilung Inneres und Volksbildung, hat der Oberschule für Jungen in Köthen den Namen „Willy-Lohmann-Schule“ gegeben.

Der verunglückte Vizepräsident der Provinz Sachsen, Willy Lohmann, hat das ehemalige Lehrerseminar in die deutsche Oberschule umgewandelt und sie bis 1932 geführt. In Ehrung dieses menschlichen Vorbilds als Lehrer und Leiter, der weit über den Kreis seiner Schule hinaus wegen seines unbestechlichen Charakters geliebt und verehrt wurde, soll diese Schule, die einen Teil seines Lebenswerkes darstellt, zu seinem Gedächtnis den Namen „Willy-Lohmann-Schule“ tragen.

Von der Provinzial-Ausstellung

die jeder besucht haben muß, der sich ein Gesamtbild über die Produktionsmöglichkeiten der Provinz Sachsen verschaffen will, zeigend



Wir einen Ausschnitt des Buna-Standes. Auch die Reifenfrage gehört zum Verkehrsproblem, deshalb unsere Mahnung an alle Kraftfahrer: Seid sparsam im Reifenverbrauch!

Bornstedt. Von dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Genossen Warncke, wurde eine Mitgliederversammlung einberufen, zu der auch die Bodenkommission eingeladen war. Im Verlauf dieser Versammlung wurde ein Bericht über die Betreuung der Flüchtlinge und ein Einblick in die Ausführungsbestimmungen der Bodenreform gegeben.

Gutenwagen. (Landarbeiter-Versammlung). Zur Gründung einer Ortsverwaltung für den Landarbeiter-Verband im Allgemeinen Gewerkschaftsbund fand eine öffentliche Versammlung statt. Nach der Eröffnung durch den Kollegen Pössel hielt der Genosse Dubs (Magdeburg) ein Referat über Aufbau, Zweck und Ziel der Gewerkschaften. Der Bodenreform wurde von den Landarbeitern großes Interesse entgegengebracht. Alle versammelten Landarbeiter schlossen sich einstimmig dem Verband in ihrer neugegründeten Ortsverwaltung an.

Staßfurter Großkundgebung

Beseitigung des materiellen und geistigen Schutts

(Eig. Bericht) Staßfurt, den 25. September. Welchen starken Widerhall unsere Partiarbeit bei der Bevölkerung findet, kam bei der ersten Großkundgebung der Ortsgruppe Staßfurt-Leopoldshall zum Ausdruck. Im größten Saal der beiden Städte, dem Konzerthaus Klingensch, fand eine große Versammlung statt.

Nach der Eröffnung der Veranstaltung durch den Genossen Möbius sprach der Genosse Otto Meier vom Zentralausschuß Berlin. Er griff bei seinen Ausführungen auf die Geschehnisse des Jahres 1933 zurück und gedachte des von nationalsozialistischen Mörder gemuehten damaligen Bürgermeisters der Stadt Staßfurt, des Genossen Hermann Kasten.

Der Redner ging dann auf die neuen Aufgaben ein, die nun zu erfüllen sind. Zunächst gelte es, den materiellen und geistigen Schutt zu beseitigen. Der Schreden den der Krieg in Deutschland angerichtet hat, beträgt nach ungefähren Schätzungen etwa 700 Milliarden Mark. Wie könnte es überhaupt dazu kommen? Der verlorene Weltkrieg

brachte im Jahre 1918 dem deutschen Volk die Demokratie, aber der Arbeiterschaft gelang es nicht, in dem von ihr geschaffenen Zustand die Macht zu erhalten. Die Dolchstoßlegende, die damals von den reaktionären Kreisen erfunden wurde, schuf die psychologische Voraussetzung für den Hitlerkrieg. Vor einer Wiederholung dieser Dinge müssen wir uns hüten.

Genosse Meier schilderte dann die ungeheuren vor uns liegenden Aufgaben, die zu meistern wir instände sein müssen. Die zu lösenden Aufgaben sind schwierig. Aber die Sozialdemokratie übernimmt diese Arbeit und die damit verbundene Verantwortung gern. Unser Handeln steht unter dem Motto: „Ihr werdet die Zustände nicht bessern, wenn ihr selbst nicht besser werdet!“ Heute geht der katastrophische Ruf an jeden Deutschen: „Du sollst und mußst an die Arbeit!“

Reicher Beifall dankte dem Redner für seine klaren und aufrichtigen Worte. Mit dem Gesang des Sozialistenliedes endete die erfolgreiche Großkundgebung.



Schneller laden und entladen

